

Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 25.07.2015 , S. 4

CDU fordert Schulsport-Garantie

Flüchtlinge: Streit um Eilzuweisungen der Landes an Städte. Brandbrief an Kraft: „Skandal“

Von Tobias Blasius

Düsseldorf. Die CDU-Opposition im Landtag hat der Landesregierung schwere Versäumnisse im Umgang mit den dramatisch steigenden Flüchtlingszahlen vorgeworfen. Innenminister Ralf Jäger (SPD) agiere konzeptlos und wälze das Unterbringungsproblem auf die Kommunen ab, kritisierte CDU-Fraktionsvize André Kuper. Die Union forderte die sofortige Einrichtung eines Krisenstabes aller beteiligten Ministerien und präsentierte einen eigenen „Zehn-Punkte-Plan“ zur Linderung der krisenhaften Zuspitzung in vielen NRW-Gemeinden.

Inzwischen mussten 39 Städte auf Anordnung der Bezirksregierungen kurzfristig mehrere Tausend Betten für die Erstaufnahme von Flüchtlingen zur Verfügung stellen. Zahlreiche Turnhallen wurden von den Kommunen für die Asylbewerber hergerichtet. Der CDU-Kommunalexperte Ralf Nettelstroth forderte vom Innenminister eine Schul- und Vereinssport-Garantie zum Ende der Ferien: „Das Land muss dafür sorgen, dass die Hallen rechtzeitig für den regulären Sportbetrieb wie-

der freigezogen werden können.“

Der Unmut in den Kommunen scheint schon jetzt gewaltig zu sein. Der Bürgermeister der Stadt Bergisch Gladbach, Lutz Urbach, hat in einem gestern bekannt gewordenen Brandbrief an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) die Eilzuweisungen des Landes ohne jede Vorwarnung scharf kritisiert: „Das Land trägt das Flüchtlingsproblem auf dem Rücken der Kommunen aus. Das ist absolut inakzeptabel, mehr noch, es ist ein Skandal.“ Verschiedene Dezernenten aus dem Ruhrgebiet hatten sich in den vergangenen Tagen ähnlich geäußert.

Weil die Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes überfüllt sind, werden Tausende Asylbewerber per Eilzuweisungen kurz nach der Registrierung auf die Kommunen verteilt. Dort muss binnen Stunden reagiert werden, ohne dass die Städte Nationalität, Gesundheitszustand oder Alter der Flüchtlinge kennen. Von einem „katastrophalen Krisenmanagement“ des Landes ist die Rede.

Die CDU-Opposition forderte das Innenministerium auf, Flüchtlinge aus dem Westbalkan gar nicht erst auf die Kommunen zu verteilen. Weil bei ihnen keine politische Verfolgung vorliegt, haben sie praktisch keine Chance auf Bleiberecht.

Die Menschen vom Balkan machen aber rund 40 % aller Flüchtlinge aus. Deren Verfahren müssten gebündelt in Landeseinrichtungen vorgenommen werden, um sie schnell in ihre Heimatländer zurückbringen zu können, so die CDU.

Die Union verlangte zudem den Neubau von Landeseinrichtungen, baurechtliche Vereinfachungen für kommunale Flüchtlingsunterkünfte, Entlastungen für die Städte bei den Asylbewerber-Gesundheitskosten und eine Lösung bei der Kosten-erstattung. Die NRW-Pauschale decke im Schnitt 22 Prozent der Kosten ab. Innenminister Jäger verwies darauf, dass niemand habe voraussehen können, dass 2015 bereits 77 000 Flüchtlinge nach NRW kommen würden. Die Regelplätze in Landeseinrichtungen seien auf 9300 verfünffacht worden.